Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/2501

16. 06. 88

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Plebiszit in Chile

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag hat sich eingedenk der vielfältigen traditionell freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem deutschen und dem chilenischen Volk wiederholt mit der Lage in Chile befaßt und die strikte Beachtung der Menschen- und Bürgerrechte für alle Chilenen gefordert. Er bekräftigt diese Forderung mit Nachdruck.

Der Deutsche Bundestag bedauert zugleich, daß die Ansätze zu einem Dialog zwischen der Militärregierung und der demokratischen Opposition, wie sie in den letzten Jahren, insbesondere auf der Grundlage der 1986 von einem breiten demokratischen Spektrum erarbeiteten und in Folgedokumenten fortgeschriebenen Nationalen Übereinkunft (Acuerdo Nacional), mehrfach bestanden haben, an der starren Haltung der chilenischen Regierung gescheitert sind. Deshalb konnte bis heute kein geordneter Übergang zur Demokratie erreicht und an die lange demokratische und rechtsstaatliche Tradition Chiles wieder angeknüpft werden.

Die 1980 in Kraft gesetzte Verfassung, die sich den Übergang zur Demokratie für 1989/1990 zum Ziel gesetzt hat, sieht vor, daß vor dem März 1989 in einem Volksentscheid darüber abgestimmt werden soll, ob der von der Militärjunta oder dem nationalen Sicherheitsrat Chiles vorgeschlagene Kandidat für die Jahre 1989 bis 1997 als Präsident Chiles bestätigt wird. Eine Auswahl unter mehreren Kandidaten ist bei diesem Wahlgang nicht vorgesehen. Wahlen zu einem Parlament sollen nach der Verfassung erst 1990 stattfinden.

Die Teilnahme am Volksentscheid erfolgt auf der Grundlage einer Eintragung in die Wahllisten.

Der Deutsche Bundestag erklärt:

Der Volksentscheid über einen einzigen von der Militärjunta oder dem nationalen Sicherheitsrat Chiles vorgeschlagenen Präsidentschaftskandidaten entspricht nicht unseren Vorstellungen für eine demokratische und rechtsstaatliche Entwicklung in Chile.

Dennoch begrüßt der Deutsche Bundestag, daß sich viele chilenische Bürger trotz gewisser einschränkender Voraussetzungen für die Eintragung in die Wählerlisten gleichwohl bemühen, an der Abstimmung teilzunehmen.

Der Deutsche Bundestag appelliert an nichtstaatliche Institutionen, an Kirchen, Gewerkschaften, Institutionen der Wohlfahrt usw., sich für freie Wahlen in Chile einzusetzen und – solange diese nicht möglich sind – die Menschen in Chile zu ermutigen, an der Volksabstimmung teilzunehmen.

Der Deutsche Bundestag beschließt, eine Delegation zum Tag der Volksabstimmung als Beobachter nach Chile zu entsenden. Gleichzeitig bittet er Gewerkschaften, Kirchen, soziale Organisationen und Medien, an entsprechenden Delegationen teilzunehmen bzw. eigene Beobachter zu entsenden.

Der Deutsche Bundestag fordert das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente der demokratischen europäischen Staaten auf, ähnliche Aktionen in die Wege zu leiten und ihre Solidarität mit den chilenischen Demokraten zu demonstrieren.

Bonn, den 16. Juni 1988

Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion
Mischnick und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 231967
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 201363, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551
ISSN 0722-8333